



# Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

Nr. 146 • Die Woche im Bundestag • 21.03.2014

## **Bruch des Völkerrechts nicht akzeptabel.**

Mit großer Sorge verfolgen wir die Entwicklung in der Ukraine. Die russische Staatsführung hat mit ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen auf der Krim Fakten geschaffen, unter deren Eindruck Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. In solchen Zeiten muss man eine klare Haltung haben, man muss sie offen aussprechen und entsprechend unbeirrt handeln. Wir wissen uns mit unseren transatlantischen und europäischen Freunden einig, wenn wir den russischen Völkerrechtsbruch als Völkerrechtsbruch bezeichnen. Wir verfallen aber nicht in die Reflexe früherer Jahrzehnte, sondern setzen auf die Problemlösungswege des 21. Jahrhunderts. Für uns scheidet militärische Maßnahmen daher selbstverständlich aus. Wir werden aber alle Mittel anwenden, die der Völkergemeinschaft darüber hinaus zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass in einer wirtschaftlich vernetzten Welt Sanktionen nicht nur eine Seite treffen. Wir sind bereit, diesen Preis zu zahlen. Die ersten Beschlüsse der EU dazu sprechen eine deutliche Sprache.

Während es nun auf der Krim zu einer regelrechten Russifizierung kommt, die sogar eine Zeitumstellung auf Moskauer Zeit nach sich zieht, betont unsere Bundeskanzlerin zu Recht, dass Deutschland und die Europäische Union, diesen Handstreich nicht akzeptieren kann. Russlands Präsident Putin hat sich mit seinen einseitigen Schritten weit von unseren Werten entfernt. Russland unter Putin ist in der Weltgemeinschaft weitgehend isoliert – selbst China hat ihn im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht gestützt. Putin kann nicht erwarten, dass all dies ohne Folgen für ihn und sein Land bleiben wird. Gleichzeitig muss uns allen daran gelegen sein, die Lage nicht zu eskalieren. Ein militärisches Vorgehen der EU und ihrer Partner verbie-

tet sich von selbst. Ebenso klar ist: Die NATO-Beistandsverpflichtung gilt.

Wir fordern Präsident Putin erneut dazu auf, konstruktive Schritte einzuleiten. Das Völkerrecht und unsere in Europa nach zwei schrecklichen Weltkriegen so mühsam erarbeitete multilaterale Friedensordnung müssen wieder voll und ganz gelten. Wir sind froh, dass unsere Bundeskanzlerin als profunde Kennerin Russlands und auf Basis unserer Werte so besonnen und intensiv an der Lösung dieser Krise arbeitet.

## **Frühjahrgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs.**

Es ist gute Tradition, dass die Bundeskanzlerin unmittelbar vor Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgibt. Themen des diesjährigen Frühjahrgipfels sind die aktuelle Lage in der Ukraine einschließlich der Beziehungen der EU zu Russland, die Vorbereitung des EU-Afrika-Gipfels Anfang April, Prozedurales zum Klima- und Energierahmen der EU für 2030 sowie das Europäische Semester.

## **CDU und CSU verlässliche Partner für die Kommunen.**

Einige Schlagzeilen der letzten Tage haben behauptet, dass Bundesminister Schäuble seine Haushaltssanierung zu Lasten der Kommunen plane. Weiter weg von der Wirklichkeit kann man kaum sein, die Fakten sprechen eine völlig andere Sprache. Durch unsere Politik haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode bewiesen, dass wir verlässliche Partner für die Städte und Gemeinden sind. Erinnerung sei neben den Maßnahmen zum Kita-Ausbau oder im Rahmen der Konjunkturpakete nur daran, dass der Bund

die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt. Diese größte kommunale Entlastung in der Geschichte der Bundesrepublik summiert sich auf 20 Milliarden Euro allein im Zeitraum 2012 bis 2016. Ab diesem Jahr werden diese Ausgaben voll vom Bund getragen, was die Kostenträger vor Ort noch einmal um 1,1 Milliarden Euro entlastet.

Der Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode sieht weitere Maßnahmen vor, die die Kommunen deutlich entlasten. Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz ist im Bundeshaushalt ab 2015 jährlich eine Milliarde Euro eingestellt. Mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes erhalten die Kostenträger vor Ort 5 Milliarden Euro jährlich für die Eingliederungshilfe. Auch bei den zusätzlichen 6 Milliarden Euro zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen werden wir sehr genau auf eine gerechte Aufteilung der Mittel zwischen Ländern und Kommunen achten.

### **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“.**

Abhörpraktiken von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland haben eine intensive Diskussion über Art und Umfang dieser Aktivitäten ausgelöst. Wir belassen es nicht bei der Diskussion dieser Vorgänge, sondern setzen in dieser Woche einen Untersuchungsausschuss „NSA“ ein, der u.a. feststellen soll, ob und wie Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland erfasst wurden und ob Stellen des Bundes davon wussten oder daran beteiligt waren. Angesichts der Sensibilität des Themas – sowohl mit Blick auf den Schutz der Bürgerrechte als auch auf die für die Sicherheit in unserem Land notwendige internationale Zusammenarbeit – begrüßen wir es, dass sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag auf einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag verständigt haben. Der Ausschuss wird seine Arbeit im April aufnehmen können.

### **Daten und Fakten**

**Ältere heute stärker am Erwerbsleben beteiligt.** Im Jahr 2012 war der Anteil der am Arbeitsmarkt aktiven 60- bis 64-Jährigen fast doppelt so hoch wie noch 2002: Waren damals nur 25,1 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig oder als erwerbslos registriert, so

sind es heute 49,6 Prozent. Besonders Frauen konnten ihre Beteiligung am Erwerbsleben in diesem Zeitraum steigern: Von 16,4 Prozent im Jahr 2002 auf rund 40,9 Prozent zehn Jahre später. Bei den Männern legte die Erwerbsbeteiligung von 34,0 auf 58,6 Prozent zu. Zugleich hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Zehnjahresvergleich um knapp zwei Jahre nach hinten verlagert. Beschäftigte, die im Jahr 2011 ihre Erwerbstätigkeit wegen Ruhestands aufgeben haben, waren im Mittel 61,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor betrug das Durchschnittsalter noch 59,3 Jahre. (*Quelle: Statistisches Bundesamt*)

### **Prognose des Weltkrebsberichts verstehen.**

Nach dem im Februar von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichten Weltkrebsbericht werden im Jahr 2025 mehr als 20 Millionen Menschen an Krebs erkrankt sein. Was zunächst von vielen Medien als Horrormeldung verstanden und verbreitet wurde, ist bei genauem Hinsehen keine eindeutig schlechte Nachricht. Je länger die Menschen leben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie an Krebs erkranken und daran auch sterben. Man schaue nur nach Japan oder Island, wo sehr hohe hygienische und medizinische Standards herrschen, was eine Ursache dafür ist, dass die Menschen dort die weltweit höchste Lebenserwartung haben. Gleichzeitig ist dort die Wahrscheinlichkeit an Krebs zu sterben sehr hoch. (*Quelle: Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung*)

### **Betreuungsgeld für fast 65.000 Kinder ausgezahlt.**

Von der Einführung zum 1. August bis zum 31. Dezember 2013 wurden insgesamt 64.877 Anträge auf Betreuungsgeld bewilligt und die neue Leistung des Bundes für Eltern ausgezahlt. Einen deutlichen Unterschied bei der Inanspruchnahme kann man zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen: Während in den neuen Ländern Eltern das Betreuungsgeld im Schnitt für 13,1 Monat beantragen, waren es im Westen 19,7 Monate. Insgesamt kann Betreuungsgeld bis zu 22 Monate lang bezogen werden. Für diese Gesamtdauer haben sich im Betrachtungszeitraum 78 Prozent der Eltern entschieden. Obwohl es bei Elternpaaren nicht darauf ankommt, wer Antragssteller ist, haben hauptsächlich Mütter das Betreuungsgeld bezogen (95 Prozent). (*Quelle: Statistisches Bundesamt*)